

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt a. M. 2. 30 fr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 fr. — 3) in Württemberg fl. 2. 38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die übergeländischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitdruck oder deren Raum 8 fr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung bestelle man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die übergeländischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerich in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.

Ueber die neue preussische Note.
Deutschland. Frankfurt (Ueber das Wahlgesetz. Der Reichstagsminister General v. Peucker erkrankt). Wien (Constitutionsentwurf. Vertrauensmänner. Die russische Intervention. Ercess. Misstrauensvotum für Schuselka. Eine Adresse an den Kaiser. Kriegsgesetzliche Execution. Aus Mailand). Prag (Zeitungsprohibe). Berlin (Das Demokratenbündel). München (Ministerkrisis. Gesetzentwurf über Erhöhung der directen Steuern). Dresden (Das neue Ministerium). Hannover (Die Commission). Stuttgart (Die erste Kammer über die künftige Gestaltung Deutschlands. Aus der zweiten Kammer. Erklärung des Ministeriums). Konstantinopel (Veto zur Festsetzung der Verfassung). Aus Thüringen (Die Division). Aus dem Lippe'schen (Die Grundrechte). Hamburg (Einberufung einer constituirenden Versammlung). Genua (Zwei Fälle. Feier der Grundrechte).
Ungarn. Semlin (Nasajic. Kämpfe). Remadowic. Serbische (Kämpfe). Mitrovic (Kämpfe).
Italien. Verona (Standrecht). Turin (Gioberti's Demission). Toscana (Proclamation der Republik und Vereinigung mit Rom). Kirchenstaat (Der Papst hat die Intervention angenommen. Besetzung Ferraras durch die Oesterreicher).
Großbritannien. London (Bericht der Bank. Ober- und Unterhaus).
Nachricht.
Briefverichte.

Ueber die neue preussische Note.

Durch die neue preussische Note vom 16. d. M. und die darauf gefolgten Verhandlungen der Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, ist in der Verfassungsfrage Deutschlands der bedeutendste Schritt vorwärts gethan. Indem Preußen die Initiative ergriff und einerseits das Princip der Vereinbarung zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung festhielt, andererseits aber diese Vereinbarung auf der Grundlage des Verfassungswerkes einleitete, hat es der Neugestaltung Deutschlands eine bestimmte Richtung gegeben und dadurch die Aussicht auf baldige Beendigung des unerträglichen Provisoriums eröffnet. Wir sind aus den Nebelgebilden theoretischer Vorschläge in die Wirklichkeit eingetreten und es ist uns möglich gemacht, unsere Lage zu überschauen und die Wechselfälle der Zukunft mit größerer Sicherheit zu berechnen. Preußen und die kleineren deutschen Staaten haben sich für die Errichtung eines eigentlichen Bundesstaates ausgesprochen; sie erkennen in dem Verfassungsentwurf die Grundlage eines solchen, wollen sich aber über einzelne Abänderungen mit der Centralgewalt und der Nationalversammlung in's Einvernehmen setzen. Das Zustandekommen dieses Bundesstaates ist ihnen das höchste Ziel, weil sie denselben für eine Nothwendigkeit, für eine Bedingung der Fortexistenz der kleineren deutschen Staaten halten. Oesterreich hat noch zur Zeit dem Verfassungsentwurf jede Anerkennung, jede Autorität versagt. Es erblickt in demselben den Einheitsstaat, den es verwirft, und spricht sich für einen einheitlichen und gleichheitlichen Bund aus, der alle früheren Bundesglieder umfassen müsse. Darüber aber, wie dies zu bewerkstelligen sei, hat es noch keine Erklärung abgegeben, und wir müssen daher seine speciellen Vorschläge abwarten, bevor wir uns darüber äußern können. In der Mitte stehen Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg, die den Satz festhalten, daß Oesterreich im Bunde verbleiben müsse, gleichwohl nicht abgeneigt scheinen, sich auf eine Verständigung mit der Nationalversammlung und der Centralgewalt einzulassen. Insbesondere gilt dies von den drei letztgenannten königlichen Regierungen. Inwiefern der Widerstreit der Ansichten mehr in den Worten als in der Sache liegt, wird sich bald zeigen. Da durch das Vorgehen Preußens und der kleineren deutschen Staaten der Kern des neuen Bundes gegeben ist, werden Oesterreich und die königlichen Regierungen sich darüber aussprechen müssen, ob und inwiefern sie an den eingeleiteten Verhandlungen Theil nehmen, oder sich von denselben ausschließen, oder gar sich ihnen widersetzen wollen. — Demnach war auch keine Nothwendigkeit mehr vorhanden, von einem engeren und einem weiteren Bunde zu reden; letzterer wird sich von selbst ergeben, insofern der eine oder der andere deutsche Staat dem von Preußen eingeleiteten Bundesstaat sich nicht vollständig anzuschließen vermochte, dennoch aber im Bündnis mit den übrigen deutschen Staaten verbleiben will. Bei diesem Stande der Sachen halten wir alle gegenseitigen Anschuldigungen über die Erstrebung dieses oder jenes Zieles für eben so unpatriotisch als unpolitisch. — Die Verhandlungen, welche jetzt geführt werden, sind offenkundige: sie sind das Ergebnis der innersten Nothwendigkeit der einzelnen Staaten. Man kann und darf den kleineren Staaten es nicht zum Vorwurf machen, daß sie als organische Theile des Ganzen fortbestehen wollen, und daß sie sich darum da anschließen, wo sie eine Garantie ihrer Fortexistenz finden; man kann und darf Preußen deshalb nicht des Ehrgeizes und der Selbstsucht anklagen, weil es die Hälfte der deutschen Bevölkerung in sich schließt, und durch und durch

deutsch sein will. Man soll aber auch die Absichten Oesterreichs nicht verdächtigen, so lange es sich nicht über das was es will klar und deutlich ausgesprochen hat. Nur das kann man verlangen, daß es mit seiner Erklärung nicht zurückhalte und die Reorganisation Deutschlands nicht erschwere. Das Gleiche gilt von den übrigen königl. Regierungen. So möge denn Preußen und die mit ihm vereinten Regierungen getrostes Muthes und ruhig vorwärts schreiten. Sie werden sich das große Verdienst erwerben, Klarheit in die deutschen Verhältnisse zu bringen. Beweisen sie nebstdem in ihren Entschlüssen Mäßigkeit, so verzeihen wir keineswegs daran, daß zuletzt doch noch eine allseitige Verständigung erzielt werde. Ungerechte und unbillige Forderungen werden von keiner Seite aufgestellt werden können, und zwar aus dem Grunde nicht, weil die deutsche Nation sich solchen nicht unterwerfen würde, und weil das Ausbringen derselben jedenfalls nur von schlechten Folgen sein müßte. Ohne den Grundcharakter des Verfassungsentwurfes aufzugeben, wird derselbe durch die vom praktischen Standpunkte aus erhobenen Einwendungen doch so modificirt werden können, daß er allgemein annehmbar erscheinen, oder sich doch einem etwaigen weiteren Bundesverein anpassen lassen dürfte. Aus diesen Betrachtungen schöpfen wir neue Hoffnung für das Gelingen des hiesigen Verfassungswerkes.

Deutschland.

Frankfurt, 15. Febr. In der Sitzung der Reichsversammlung am 23. d. M. wurde § 5 des Wahlgesetzes: „Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder wahlberechtigte Deutsche“ mit dem Zusatz angenommen: „und der mindestens seit drei Jahren einem deutschen Staate angehört hat“. Bei dem Verthe, welchen wir auf diese Bestimmung legen, und da dieselbe mehrseitig irrig aufgefaßt zu sein scheint, erachten wir eine berichtigende Mittheilung darüber um so mehr geeignet, als der Gegenstand erst am Vorabend der Sitzung im Casino durch den Abg. Gevekoht in Anregung kam und dann als Zusatzantrag in die Versammlung gebracht wurde. Aus diesem Grunde konnten vorher keine Mittheilungen an die andern Parteien gemacht werden, die sonst leicht eine Verständigung würden herbeigeführt haben. Nur diesem Umstande können wir es zuschreiben, daß der Antrag nicht gleich eine bedeutend größere Majorität fand, als es der Fall war, denn wir setzen voraus, daß jeder Abgeordnete sich verpflichtet hält, das höchste politische Recht, das der Volksvertretung, nach dem Beispiele anderer freier Völker, als ein Heiligthum der Nation, dem Auslande gegenüber, zu wahren und gegen Beeinträchtigungen zu schützen. Es ist die Befürchtung laut geworden, als ob ganze deutsche Staaten, die erst jetzt definitiv dem Bundesstaate einverleibt würden, für die ersten drei Jahre von der Wahl von eigenen Abgeordneten zum Volks Hause ausgeschlossen sein dürften. Wir machen dagegen darauf aufmerksam, daß § 5 nur von der Wählbarkeit des einzelnen Individuums handelt, daß aber durch die Aufnahme eines ganzen Staatenbunds in den Bundesstaat die Bürger auch gleich in die Rechte der Reichsbürger eintreten müssen. Zur Erparung von Wiederholungen verweisen wir auf die Begründung des Zusatzantrags durch den Abgeordneten Gevekoht laut stenographischen Berichts, woraus klar hervorgeht, daß die beschränkende Maßregel sich nur auf Ausländer beziehen soll, die nach ihrer Einwanderung das deutsche Bürgerrecht erlangt haben. Sowohl die Würde der Vertretung selbst, die Ehre der Nation, wie die Interessen des Staats erheischen es, daß Deutschland in dieser nationalen Sache nicht weniger selbstständig als andere Nationen aufrete und daß es endlich lerne, der deutschen Nationalität im Auslande die gebührende Anerkennung zu verschaffen, was aber nur geschehen kann, wenn es in diesem Falle die Vertretung im Volks Hause als ein Kleinod betrachtet, welches nur demjenigen zugänglich ist, der seine Befähigung, seine Gesinnungsgültigkeit und einen ehrenwerthen Charakter wenigstens während des Zeitraums einiger Jahre bewährt hat. Schließlich geben wir gern zu, daß die Fassung des § 5 mit dem Zusatz mehr präcise sein könnte, indeß ist dies Sache der Redaction, die gegen die zweite Lesung das Nöthige besorgen wird.

RC Frankfurt, 27. Febr. Der Reichskriegsminister, General von Peucker, ist bedeutend erkrankt, was um so mehr zu beklagen ist, als er in den weit verzweigten Abtheilungen seines Ministeriums überall das belebende Princip ist. Seine energische Voraussicht hat zwar Vieles geordnet und vorbereitet, aber eine lange dauernde Krankheit würde doch eine unheilvolle Verwirrung in den militärischen Maßregeln, vorzugsweise für das westliche Deutschland, hervorrufen. So sehr man sich von Seiten der Umsturzpartei das Ansehen gibt, als seien die vorsorglichen Maßnahmen gegen einen neuen Aufstand im westlichen

Deutschland gänzlich überflüssig, so wenig werden sich dadurch diejenigen betren lassen, welche über die Absichten der Schaaeren, die sich jenseit der französischen Grenze sammeln, vollständig unterrichtet sind. Man weiß hier genau, was beabsichtigt wird, und kennt die hiesigen namhaften Vermittler zwischen den hiesigen Demokraten und jenen Schaaeren vollständig. Hoffentlich werden sie zu rechter Zeit unschädlich gemacht werden.

Wien, 23. Febr. Der Constitutionsentwurf des Fünferausschusses in Kremsier ist hier bereits bekannt geworden. Das Föderativsystem ist darin vorwaltend. Die Provinzen bleiben darin in ihrer bisherigen Gestalt; nur sollen Krain, Kärnten, Ober- und Niederösterreich eigene Provinzen bilden. Der Reichstag würde aus zwei Kammern bestehen, von denen die Volkskammer aus directen Wahlen mit möglichem Census, die erste Kammer, in welcher auch der Thronerbe säße, theilweise aus den Provinziallandtagen hervorginge. Dem Kaiser wird ein suspensives Veto zuerkannt, welches bei einem vom Reichstage in seiner dritten Zusammenberufung wieder aufgenommenen Gesetzentwurf außer Kraft tritt. — Eine Anzahl hiesiger Bürger, 193 an der Zahl, haben, um zwischen F.-M.-L. Welden und ihren Mitbürgern als Vermittler einzuschreiten und den militärischen Maßregeln wo möglich entgegenzukommen, sich als Vertrauensmänner angeboten, welches Anerbieten auch vom F.-M.-L. Welden bereitwilligst aufgenommen wurde.

Die russische Intervention wird hier sehr ungünstig aufgenommen. Dem „Const. Blatt aus Böhmen“ schreibt man darüber Folgendes: „Der große Krieg in Ungarn neigt sich seinem Ende zu. Von allen Seiten gedrängt, in Hermannstadt und Kronstadt die Russen, hart im Rücken das Corps Puchner's, vor sich Arab mit der kaiserlichen Besatzung, könnte es General Dem höchsten gelingen, sich gegen die galizische Grenze durchzuschlagen, aber die Grenzposten sind gut besetzt, und gefestigt auch, es gelänge ihm hier dennoch durchzukommen, so stehen längs der galizisch-russischen Grenze russische Truppen marschfertig wie in den Donaufürstenthümern. Was ein Puchner auf seine eigene Verantwortlichkeit hier gewagt hat, wird ein Hammerstein zu thun auch nicht säumen. Wie gesagt, der große Krieg in Ungarn neigt sich seinem Ende zu, aber der Preis ist ungeheuer. Sie hätten die Gesichter sehen sollen, als die „Wiener Zeitung“ die russische Intervention in Siebenbürgen als bereits geschehen anzeigte. Selbst die Börse, ultraconservativ, wie alle Börsen Europas, wie überhaupt alles, was mit Geld und Geldwerth speculirt, selbst die Börse schrak in sich selbst zusammen, und die Course wichen. In der That läßt sich die Tragweite dieses Schrittes der Regierung nicht bemessen, denn glauben wir auch durchaus nicht an irgend eine Einmischung Englands oder Frankreichs für den Moment, so ist immerhin der Stoff zu außergewöhnlichen inner- und außerstaatlichen Verwickelungen gegeben.“

An demselben Abend, wo die neueste Rundmachung Welden's erschien, wäre es bald im Verchenfeld zu sehr bedauerlichen Auftritten gekommen. Es fiel wieder einmal einer jener menschenlichen Schüsse, von welchen wir seit einigen Tagen nichts mehr gehört hatten, und der Getroffene, ein Soldat, wurde von seinen Kameraden in die Kaserne getragen, wo die Erbitterung über dieses neue Attentat so hoch stieg, daß die Garnison dieser Caserne sich noch mit andern Soldaten versärfen und nun vereint über Verchenfeld hinausbrechen wollten. Es ist unberechenbar, welche Folgen dieses hätte haben können, denn am Faschingsdienstage ist Verchenfeld mit Tausenden von Wienern der unteren und mittleren Klassen angefüllt, und man muß es den Bemühungen der Offiziere, sowie einiger Generale, welche sogleich in die Kaserne kamen, danken, daß die Soldaten von ihrem Vorhaben abstanden. — Heute findet in Verchenfeld eine Besprechung der Wahlmänner von Vertholdsdorf statt, um ihrem Vertreter — Schuselka — ein Misstrauensvotum vorzubereiten. Der Berichterstatter des „Const. Bl.“, dem wir diese Mittheilung entnehmen, spricht darüber seine laute Mißbilligung aus, zumal die Demonstration gegen einen Abgeordneten gerichtet sei, den selbst ein Regierungsblatt den ehrlichsten Radikalen genannt habe. Derselbe Berichterstatter knüpft an den Umstand, daß man in Wien eine Adresse an den Kaiser in Circulation gesetzt, um baldige Rückkehr nach Wien, die Vermuthung, daß der Kaiser dieser Einladung Folge leisten werde.

Das am 22. Februar dem Standrecht verfallene Opfer, dessen bereits Erwähnung geschehen, ist ein Tischlergeselle, 54 Jahre alt, Alois Hüffner mit Namen, aus Achafsenburg am Main gebürtig und seit 1827 in Wien lebend. Bereits früher wegen anderer Vergehen bestraft, hat derselbe am 19. Februar im Streit mit seinem Miethherrn gegen denselben einen verborgen gehaltenen Stößegen ergriffen. Lediglich wegen Verheimlichung dieser scharfen Waffe und wie es in dem amtlich verkündeten Urtheil heißt: „ohne Rücksicht auf die angeführten Nebenumstände“ ist

Alois Häfner standrechtlich zum Strang verurtheilt, das Todesurtheil jedoch am 22. Febr. früh durch Pulver und Blei an demselben vollzogen worden.

Die „Wiener Zeitung“ schreibt: Nach Berichten aus Mailand vom 18. hatte sich das Gerücht verbreitet, daß sich König Karl Albert bereits auf der Flucht befinde. So viel ist gewiß, daß er stündlich im Hauptquartier seiner königlich gesinnten Armee erwartet wird. Wenn er sich schon dem Anschlusse an die römische Constituente widersetzen mußte, was bleibt ihm nach der Proclamation der römischen Republik anders übrig, als sich in die Mitte seiner getreuen Truppen zu begeben? Die Flucht des heiligen Vaters und des Großherzogs von Toscana hat den projectirten italienischen Bund zerstört, und jetzt werden die ernstesten Ereignisse nur zur Herstellung eines geregelten Zustandes und Vernichtung der Anarchie in ganz Italien dienen. Die lombardischen Flüchtlinge, der Schrecken Karl Alberts, stehen gegen 20,000 Mann stark, meistens Gefinde und Emigranten aller Nationen, hart am Tincio, von der piemontesischen Armee ebenso verachtet wie von der kaiserlichen. Nach den herüber geschickten aufrührerischen Proclamationen drohen die Glenden am 26. in die Lombardei einzufallen. Allein alles ist bereit, um sie zu züchtigen, und es gehört jetzt nach allen Umständen nicht mehr in das Reich der Chimäre, wenn Karl Albert recht bald Hilfe suchen muß.

Wrag, 23. Febr. Vor einigen Tagen hatte eine hiesige Zeitschrift Namens „Concordia“ einen Artikel über den Fürsten Windischgrätz nachgedruckt, welcher bei den Freunden des Fürsten und namentlich im Militär viel Unwillen erweckte. Selbst Unparteiische bezeichneten den Abdruck als mindestens tactlos; aber die betreffende Nummer wurde in zahllosen Exemplaren (man spricht von 10,000) verkauft. Nun aber schien plötzlich den Redacteur die Erinnerung an Gretschnitz Schicksal in Wrag zu beschleichen, und er verschwand. Auch der bisherige Drucker der „Concordia“ veröffentlichte eine Erklärung, daß er von Montag an den Druck des Blattes einstellen.

Berlin, 24. Febr. Das anfänglich auf den 22. d. M. angesetzte Banket der Demokraten wurde, aus Respect vor dem Commandeur der Marken, bis zum 3. März vertagt. Die Demokraten haben indeß jetzt die Einsicht erlangt, daß es auf den Tag eigentlich gar nicht ankomme; es ist ihnen von dem Polizeipräsidenten im Auftrage des Herrn von Wrangel eröffnet, daß den demokratischen Wahlmännern an keinem Tage gestattet werden soll, sich in größerer Anzahl als von 180 Personen zu einem Schmause zu versammeln. Sie haben dagegen remonstrirt, daß größere Versammlungen zu gleichem Zwecke gestattet worden seien; doch vergebens. Es wurde heute in einer Versammlung von 248 demokratischen Wahlmännern darüber debattirt, wie man sich gegen das Verbot am angemessensten verhalte. Die Debatte führte zu keinem Beschlusse, doch ist mit großer Wahrscheinlichkeit zu schließen, daß die Demokraten hier selbst sich auf passiven Widerstand beschränken werden. Der Vorschlag, das Banket in mehreren Localen gleichzeitig in der Anzahl von je 180 Personen abzuhalten, wurde verworfen.

München, 25. Febr. Ueber die Ministerkrise läßt sich die „Allg. Ztg.“ von hier schreiben: Also seit 14 Tagen haben wir eine Ministerkrise, und ihr Ausgang ist, daß man uns sagt, man habe noch kein Ministerium, und daß die Regierung ihre Rath- und Entschlußlosigkeit dem Lande offen zu erkennen gibt. In so kritischen Zeiten ward der Satz: „Zeit gewonnen, alles gewonnen“ vielleicht noch nirgend so häufig zur Devise genommen als bei uns in Bayern. Indessen ist voranzusehen, daß der noch angekündigte Gesegentwurf über die Matricularbeiträge die ganze deutsche Frage, wie sie gelegentlich der Adresse gegen das Ministerium entschieden ward, wieder zur Debatte bringen wird. Die Kammer der Abgeordneten wird consequent von der Annahme ausgehen müssen, daß die bayerische Regierung zur Zahlung jener Beiträge selbstständig nicht nur ermächtigt, sondern verpflichtet sei. So wäre denkbar, daß diese Frage dazu benützt würde, den Boden einer möglichen Transaction für die Regierung zu gewinnen. Würde es sich aber etwa bloß darum handeln, für die Aufbringung der benötigten Summe zu sorgen, dann würde sich die Kammer gewiß schon aus dem Grunde schwierig zeigen, damit sie, oder, im Fall einer Auflösung, ihre Nachfolgerin bald wieder einberufen werden müßte. Denn gar zu bereitwillig wird sich die bayerische Volksvertretung nicht auf die ganze Zeit, während welcher die deutsche Verfassungsfrage in der Erlebigung begriffen ist, escamotiren lassen.

Dem „Nürnberger Kurier“ schreibt man: Der eingebrachte Gesegentwurf, „die Erhöhung der directen Steuern um 25 pCt. betreffend“, hat einen üblen Eindruck gemacht. Die Politik der bayerischen Regierung, dem bayerischen Volke das deutsche Einheitswerk durch Steuervermehrung zu versalzen und die liberale Partei hiedurch in Zwiespalt mit sich selbst zu bringen, liegt klar am Tage.

Dresden, 24. Febr. Ein rein bureaukratisches Ministerium, wie das neue ist, hat, Kammern mit so bestimmt ausgesprochenen Tendenzen gegenüber, einen schweren Stand, und wenigstens steht eine Auflösung der Kammern ganz gewiß in allernächster Zeit bevor, wie Alles hier annimmt. Ueber den Rücktritt der Minister erfährt man so viel, daß die Grundrechte hierbei allerdings bedeutend mit ins Spiel kommen. Man vergesse namentlich den Umstand nicht, daß Oberländer als Abgeordneter der ersten Kammer heute bei der Abstimmung über die Grundrechte ebenfalls seine Stimme abgegeben hatte, und daß er für unbedingte Publication gestimmt hat. Die Auflösung der Kammer war vor einigen Tagen in Rede, Oberländer soll dagegen gewiesen sein. Die Bezirksversammlungen des Vaterlandsvereins waren heute äußerst zahlreich besucht und es sprachen mehrere Abgeordnete in denselben. Eine große Aufregung hat sich, wie am Ende zu erwarten gewesen wäre, bei den Ereignissen des heutigen Tages nicht gerade bemerkbar gemacht. (D. A. Z.)

Stuttgart, 26. Febr. Die Kammer der Ständesherrn hielt heute unter dem Vorsitz des Fürsten v. Hohen-

lohe-Langenburg eine besondere Sitzung, um den Bericht des Freiherrn v. Wächter-Spittler über einen Antrag des Grafen v. Pückler-Limburg entgegenzunehmen. Der Antrag selbst lautet: Die Kammer der Ständesherrn wolle sich im gegenwärtigen höchst wichtigen Zeitpunkt über die Frage von der künftigen Gestaltung Deutschlands aussprechen und zu Protocoll erklären: 1) daß sie die Beibehaltung Oesterreichs im deutschen Reichsverband als unumgänglich notwendig für die Wohlfahrt, Einigung und Kräftigung Deutschlands erachte, und jede Art der Ausscheidung jenes Staates als eine unheilvolle Zersplitterung des deutschen Vaterlandes betrachte, 2) daß sie nur in einer freien Vereinbarung der Nationalversammlung mit den deutschen Fürsten über die künftige deutsche Reichsverfassung eine sichere Bürgschaft für den rechtlichen Bestand derselben erkennen könne. Der Commissionsbericht steht in dem Bundesstaat die einzig zeitgemäße Form für Deutschlands Verfassung, würde aber für Süddeutschland insbesondere eine Ausscheidung Oesterreichs als ein Nationalunglück ansehen; ebenso bestreitet er der Nationalversammlung die Vollmacht, das Verfassungswerk einseitig zu vollenden. Bei der namentlichen Abstimmung trat die Kammer dem Antrage einstimmig bei, besonders entschieden Herzog Paul von Württemberg, Graf v. Schaesberg-Thannheim, Graf v. Quadt-Ißny, welcher letzterer schloß: Ohne Oesterreich kein Deutschland, keine deutsche Geschichte ohne Oesterreich. Graf von Quadt beantragte, das Protocoll der Sitzung dem Präsidium der Nat.-Vers. mitzutheilen, Graf v. Schaesberg trat ihm aber entgegen, und so wurde der Antrag, der keine Unterstützung fand, zurückgezogen. — Die Kammer der Abgeordneten beriet heute über den Antrag des Kammerguts und zwar der Forstverwaltung. Als Einnahme an Strafen und Confiscationen aus forstlichen Rechten werden 50,096 fl. veranschlagt, bedeutend weniger als früher, indem die Ermäßigung des Staatszinses in der Wirkung der durch königliche Verordnung ertheilten Amnestie liegt, wodurch 22,446 Gulden an Strafen für Forst- und Jagdvergehen ausfallen. Der Holzsertrag aus dem Waldeigenthum ist für 1848—49 zu 2,273,516 fl. veranschlagt, und weist gegen frühere günstige Jahre einen Minderertrag von 1 Mill. fl. nach. Der Schwarzwaldfreis bringt den größten, der Neckarfreis den kleinsten Erlös. Wenn als Thatsache anerkannt werden muß, daß schon gegen das Ende 1847 besonders die Preise des floßbaren Holzes um 20 und mehr Procent gesunken waren, so hat sich inzwischen der Preis noch bedeutend vermindert. Der Mangel an Absatz ging mit dem Sinken der Preise Hand in Hand und dauert noch an, und an eine vermehrte Holzfällung, um dadurch die Einnahme zu erhöhen, kann nicht gedacht werden, da die Preise nur noch mehr dadurch herabgedrückt würden. Der Mindererlös beträgt durchschnittlich im Neckarfreise 15, im Schwarzwaldfreise 39 Procent, ja bei mehreren Revieren des Schwarzwaldfreises hat sich eine Preiserniedrigung von 50 bis 70 Procent ergeben. Die Verkaufsweise, welche der Staat bei Verwerthung seines Erzeugnisses bisher angewendet hat, wurde von vielen Kammermitgliedern angegriffen, und der Verkauf auf Borgfrist als Ursache der Verarmung und Entfittlichung, ja sogar als die härteste Steuerbedrückung hingestellt. Neuerdings hat jedoch das Finanzministerium voreront, daß die Hälfte des Steigerungspreises baar bezahlt werden muß. Im nachbarten Baden findet in der Regel Baarzahlung bei Abfuhr des Holzes, wozu einmonatliche Frist gegeben ist, statt. Die Commission glaubte das Interesse der Finanz- und Volkswirtschaft durch folgenden Wunsch zu schützen, welchem die Kammer beitrug: daß bei Holzverkäufen aus Staatswaldungen für Stamm- und Floßholz mindestens die Hälfte, für Brenn- und Werkholz mindestens ein Drittel des Steigerungswertes baar bezahlt werden müsse, daß die Borgfrist möglichst ermäßigt, daß nur den Gemeinden Brennholz zu Anlegung von Holzmagazinen zum Zweck der Wiederabgabe an Bedürftige angeborgt werde.

Stuttgart, 27. Febr. Das Ministerium erläßt im heutigen „Schwäbischen Merkur“ eine bemerkenswerthe Erklärung, aus welcher hervorgeht, daß die Wählerpartei, die nirgends unermüdlicher und beharrlicher, aber, wenn's dazu kommt, wohl auch nirgends that- und nutzloser ist, als hier, — der April des vorigen Jahres, wo ein Häuflein Weingärtner in dem Zeitraume einer Viertelstunde die demokratischen Kundgebungen zum Schweigen brachte, bewies es am deutlichsten, — nicht aufhört, das Vertrauen, welches die jetzige Regierung bei der übergroßen Majorität des Volkes genießt, zu untergraben und den nachgekauften Mummenschanz einer Republik beliebt zu machen. Die Erklärung lautet: Als die jetzigen Vorstände des Departements der Justiz, des Innern und der Finanzen im März 1848 auf ausdrückliches Verlangen ihrer damaligen politischen Genossen, von denen jetzt mehrere an der Spitze der demokratischen Bewegung stehen, ins Ministerium traten, wußten die letzteren, daß von dem Ministerium nicht nur der Verfassung, sondern auch dem Könige ein Eid der Treue zu schwören sei. Ein Mann von Ehre hält an seinem Worte fest, so lange er dessen nicht entbunden ist; und so lange das jetzige Ministerium nicht die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Mehrheit des württembergischen Volkes mit dem gegenwärtigen Regierungssystem nicht einverstanden sei, oder daß in einer durch aristokratische Elemente nicht getriebenen Monarchie das Wohl des Volkes nicht erzielt werden könne, glaubt es nicht freiwillig zurückreten zu dürfen.

Hannover, 24. Febr. Sicherem Vernehmen nach ist von den zur Conferenz über das Ministerialschreiben vom 10. d. M. gewählten Mitgliedern erster Kammer folgender Vorschlag gemacht, den die Mitglieder zweiter Kammer mit der Erklärung entgegen genommen haben, daß sie ihn, bevor er in die Kammern gebracht werde, erst mit ihren Freunden besprechen wollen. „Auf die Mittheilung des Gesamtministeriums vom 10. d. M., das deutsche Verfassungswerk und die Grundrechte betreffend, zu beschließen: 1) Daß königliche Regierung ersucht und ermächtigt werde, die Grundrechte des deutschen Volks mit dem Einführungsgeetze vom 27. Dec. v. J. nach Maßgabe des § 2 des Landesverfassungsgesetzes sofort und unverkürzt zu verkündigen; 2) daß

eine gemeinschaftliche Commission von sieben Mitgliedern jeder Kammer zur Berichterstattung über die übrigen durch jene Mittheilung (des Gesamtministeriums) angeregten Fragen niedergesetzt werde.“ Beide Kammern haben die Montagssitzung ausgesetzt.

Konstanz, 24. Febr. Heute wurde der frühere Redacteur der „Seebblätter“, J. R. Letour, von dem Hofgericht des Seckreises wegen versuchten Hochverraths, verurtheilt durch Verbreitung der Druckschrift: „die Volksverarmung in Deutschland und deren Abhilfe“, in welcher offene Anforderungen zum Hochverrath enthalten sind, zu einer in der Festung zu ersiehenden Gefängnißstrafe von drei Monaten verurtheilt. (R. Z.)

Aus Thüringen, 22. Febr. Der Generalmajor Graf v. Holzendorf hat im Namen der königl. sächsischen Regierung die Erklärung abgegeben, daß einer Vereinigung der in den thüringischen Staaten zu formirenden Militärdivision mit dem Contingente des Königreichs Sachsen zu einem gemeinschaftlichen Armeecorps keine wesentlichen Hindernisse entgegenständen, wenn man dabei eine gewisse Gleichförmigkeit in Bezug auf taktische Formierung, reglementarische Bestimmungen und Kaliberverhältnisse aller Waffen im Auge behalte. Auf diese Erklärung ist die herzogliche Staatsregierung zu Gotha, die eine Vereinigung aller sächsischen Länder zu einer gemeinsamen militärischen Organisation für eine politische Nothwendigkeit erachtet, bereitwillig eingegangen, während die übrigen Regierungen der sächsischen Fürstenthümer noch keine definitive Entscheidung ausgesprochen haben. Die schwarzburg-jonbershausen'sche Regierung hat vielmehr gegen die Anmuthung des Reichsministeriums, andere Waffen als Infanterie zu stellen, abermalige Verwahrung eingelegt, insofern der in Frankfurt erhobene Widerspruch gegen die Leistungspflicht von Reiterei und Artillerie noch nicht erledigt sei. Die Formation der thüringischen und reußischen Contingente, nach 1 1/2 pCt. der Bevölkerung, wird sich aber, nach den vorläufig darüber gepflogenen Verhandlungen, folgendermaßen gestalten: 10,898 M. Infanterie in zwei Brigaden, jede zu sechs selbstständigen Bataillonen; 571 Jäger, 136 Pioniere, 1399 Reiter (Dragoner) in zwei Regimentern; 1006 M. Artillerie zu 28 Geschützen, und zwar eine Batterie zwölfpfündiger (sechs Geschütze), eine reitende Batterie (vier sechspfündige Kanonen und zwei Haubizen) und zwei Fußbatterien (jede mit sechs sechspfündigen Kanonen und zwei Haubizen). Das Reservecontingent aber (1/2 Procent der Bevölkerung) wird eine besondere Brigade bilden mit 3873 M. Infanterie, 464 M. Reiterei und 333 M. Artillerie mit 7 Geschützen. Diese neue militärische Organisation soll aber erst dann ins Leben treten, wenn die Centralgewalt bestimmt hat, welches System für die deutschen Armeen in Bezug auf Formierung, Ausbildung, Ausrüstung, Bekleidung u. dgl. künftig zu Grunde gelegt werden soll. Die Kosten für diese neue Organisation werden von den einzelnen Staaten, je nach ihrer Leistungspflicht oder Kopfszahl, gemeinschaftlich getragen. Die militärische Verwaltung aber soll einer Gesamtbehörde in die Hände gegeben werden. Eine solche, vorläufig nur provisorische Behörde, die, nach Wahl der einzelnen Regierungen, aus einem Stabschef der Infanterie, einem Offizier der Reiterei, einem Offizier der Artillerie, einem juristisch befähigten Beamten und einem Verwaltungsbeamten bestehen soll, wird demnächst zusammentreten, um vor allen Dingen zu erörtern, auf welche Weise einheitliche Bestimmungen für die gesamten Contingente am zweckmäßigsten einzuführen seien. Endlich hat auch das Reichsministerium des Kriegs die Verfügung erlassen, daß aus denjenigen thüringischen Staaten, die den Schutze der Reichstruppen nicht mehr beanspruchen, dieselben zurückgezogen werden sollen. In Folge dieser Verfügung wird das großherzogl. weimarische Bataillon, das jetzt in Meiningen stationirt ist, schon am 25. Febr. in seine Heimath marschiren, und auch das großherzogthum Gotha wird von den königl. sächsischen Truppen, die bis jetzt daselbst cantonirten, in den nächsten Tagen verlassen werden. In Altenburg und Weimar werden dagegen die Reichstruppen einweilen noch verbleiben; in Altenburg, weil das eigne Militär in Schleswig stationirt ist, in Weimar, weil die großherzogl. Staatsregierung bei den bevorstehenden Verhandlungen der Affären Unruhen und Excesse zu befürchten scheint. Die fürstl. schwarzburgischen Regierungen haben sich noch nicht bestimmt darüber ausgesprochen, ob die Reichstruppen aus ihren Ländern sofort zurückgezogen werden sollen oder nicht.

Aus dem Lippeschen im Februar schreibt die „Zeitung für Norddeutschland“: Die Publication der Grundrechte ist von den meisten Volksvereinen, die sich dem Märzverein angeschlossen haben, festlich begangen, und der Eifer, mit dem diese Vereine für die Verbreitung der Grundrechte sowohl als populärer Erläuterungen zu denselben wirken, ist anzuerkennen. Die lippesche Regierung macht übrigens schon einen Versuch, den Juden die Freude über die Grundrechte zu verkümmern; sie verlangt das sogenannte Schutzjudengeld nach wie vor, und da die Juden sich weigern zu zahlen, verlangt sie es dennoch unter dem Namen Gewerbesteuer. Die Juden haben sich entschlossen, der willkürlichen Forderung energischen Widerstand entgegenzusetzen.

Hessen-Homburg, 25. Febr. Das heute erschienene landgräfl. hess. Regierungsblatt Nr. 2 enthält ein „Edict, die Einberufung des constituirenden Landtags auf den 11. April l. J., betreffend“, d. d. Homburg, 20. Febr. 1849, wie auch den landständischen Verfassungsentwurf, aus 38 Paragraphen bestehend.

Hamburg, 25. Febr. Wir haben gestern zwei Männer in unsern Mauern gehabt, deren Mission mehr oder weniger entscheidend auf die nächste Zukunft Nordalbingiens influiren werden. Der Freiherr v. Pechlin nämlich, der vor 1846 ein patriotischer deutscher Dichter war, und seit dieser Zeit als hollstein-lauenb. Gefandter am festigen Bundestage oft genannt wurde, ist, von seiner Sendung nach Wien, Olmütz und Berlin zurückgekehrt, hier durchgereist; gleichzeitig aber ist der österreichische Oberst und

Viceadmiral Rudriaffsky, der von der deutschen Centralgewalt mit der Jaspierung der deutschen Nord- und Ostseehäfen beauftragt ist, zunächst von Bremen kommend, hier eingetroffen. — Heute denkt hier Niemand an etwas Anderes, als an die Feier der Grundrechte. In voriger Woche nämlich ließen die 12 verbundenen Vereine ein Plakat anschlagen, in welchem sie anzeigten, daß heute, Sonntag den 25., im Circus zu St. Pauli eine Feier der Grundrechte durch Reden, Gesang und Musik stattfinden werde, und die Aufforderung hinzusetzen, Hamburgs Bevölkerung möge sich, da der Raum im Circus nur 3 bis 4000 Personen fasse, und die Jahreszeit die Feier im Freien verhindere, bei derselben durch Illumination am heutigen Abend betheiligen. Da erschien in der vorgestrigen Nummer der „Wöchentlichen Gemeinnützigen Nachrichten“ anonym eine Art Protest gegen diese, angeblich die Bürger Hamburgs terrorisirende Aufforderung; gestern hat aber außerdem der Senat durch eine warnende und mahnende Bekanntmachung, zu der unseres Erachtens keine Veranlassung vorhanden war, Del ins Feuer gegossen. Dennoch ist die Feier selbst heute von 11—1 Uhr genau nach dem Programm, welches ich Ihnen beilege, in äußerst würdiger Weise begangen worden. Als der Bürgerwehverein und die Wehrpflichtigen von 1828, mehrere Hundert Mann stark, mit Fahnen durchs Willerthor in die Stadt zurückkehrten, ließen sie, im Vorübergehen bei der dort aufgestellten, heute bis zu einer halben Compagnie verstärkten Hanseatenwache, die „allgemeine Wehrpflicht“ mehrmals hochleben. — Die ganze Demonstration ist nämlich hauptsächlich die Folge der Weigerung des Senats, die Stellvertretung sofort aufheben zu lassen und an deren Stelle die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Ungeachtet nun heute Abend die Hälfte aller Bataillone der Bürgergarde und das ganze Hanseatenbataillon auf dem Alarmplatze ist, und große Menschenmassen durch die Straßen wogen werden, um zu sehen, wer illuminiert hat und wer nicht, so ist doch keine ernstliche Ruhestörung zu fürchten, da namentlich Herr Oliva und der heute wieder als Meister in der freien und populären Beredsamkeit bewährte Dr. Ree eindringlich zur Ruhe, Ordnung und versöhnlichen Stimmung ermahnt haben. Bis jetzt, 6 1/2 Uhr Abends, ist kein Exceß vorgefallen.

Ungarn.

Semlin, 13. Febr. Der Patriarch, zum Civil- und Militärcommandanten der Serben ernannt, befindet sich nun sammt dem General Theodorovich und dem Obersten Mayerhoff in Temesvár, wo er mit den serbischen Abgeordneten die Kriegs- und sonstigen Nationalangelegenheiten leitet. — Die serbischen Truppen, welche ihren Marsch gegen Szombor und M. Theresiopel nahmen, mußten sich auf Befehl des Patriarchen, da die magyarischen Truppen sich bei Arad concentrirten, zurückziehen. Raum waren sie bei Arad angelangt, als sie am 7. L. M. einen blutigen Kampf mit den Magyaren bestanden. Der Feind wurde geschlagen und ihm 7 Kanonen abgenommen. Aber die tapferen Grenzer mußten diesen Sieg theuer bezahlen. Leider fiel der tapfere Commandant Michael Jovanovich in feindliche Hände. Auf den Antrag des Patriarchen, ihn gegen Auslieferung von 200 Magyaren freizugeben, erwiederte der magyarische General Dancjanich, daß er bis zur Stunde von diesem Gefangenen nichts wisse. Man besorgt, daß er von den unmenschlichen Magyaren getödtet worden sei. Er war trotz seiner Strenge bei den Grenzern sehr beliebt, und sie gehorchten ihm und seinen Befehlen blindlings. In dieser Schlacht sind beiderseits mehrere Tausende an Todten und Verwundeten auf dem Plage geblieben. — Sowohl in Sirmien als im Banat gehen große Kriegsrüstungen vor sich. Bedeutende Transporte von Gewehren und Munition sind bereits angekommen, und die heldenmüthigen firmischen Provinzialisten, und die tapferen Kiskindauer und andere Banater sind vollständig mit Waffen versehen. — Gestern ging der berühmte serbische Held Erzpriester (Prota) Renadovich, der schon im Jahr 1807 unter Caragjorgje gegen die Türken siegreich kämpfte, und am 3. L. M. bei Szenta die Magyaren schlug, hier durch nach Serbien. Er geht nach Serbien, um einem großen Nationalconvente beizuwohnen. Diese Versammlung soll eine große Aushebung von Serbiantern bezwecken. Jeder Kreis (Naia), deren es in Serbien 18 gibt, soll 1000, also zusammen 18,000 freitbare Männer stellen, welche unverzüglich den österreichischen Serben zur Hilfe geschickt werden. — Zwei Panjcowar Gardecompanien sind zur Execution nach Weißkirchen und zwei Semliner nach Becskerek beordert worden. (Lloyd.)

Mitrovicz, 12. Febr. Gestern wurde hier eine große Versammlung abgehalten, welche folgende Beschlüsse faßte: 1) Der Patriarch wird als wahres Oberhaupt der Nation anerkannt; 2) Stratinovich ist mit dessen Anhänger als Rebellen zu erklären; 3) Alle, welche sich erheben, gegen E. M. den Kaiser oder andere hohe Personen mit Wort oder That sich zu vergehen, sind standrechtlich zu behandeln; 4) die früher angestellten Offiziere sind nicht wieder zuzulassen, sondern ihre Posten mit anderen zu besetzen; 5) der Interims-Commandant, Hauptmann-Auditor Rudosavjevich ist als wirklicher Oberst und Regiments-Commandant zu bestätigen. (Der letzte Punkt dürfte nicht Kraft haben, da der Obristlieutenant Puffer bereits als Regiments-Commandant höhern Orts bestätigt wurde.) Dieser einstimmig gefaßte Beschluß ist an E. Heiligkeit nach Temesvár zur Genehmigung geschickt worden. (Lloyd.)

Italien.

Verona, 17. Febr. Der Commandant des zweiten Reservearmecorps, Feldmarschalllieutenant Freiherr v. Haynau, hat aus dem Hauptquartier Padua, d. d. 13. Februar, eine Proclamation erlassen, in welcher er den Einwohnern jener Provinz Undankbarkeit gegen die Regierung zum Vorwurfe macht, indem von Seite der dem Meeresufer angrenzenden Bevölkerung der Stadt Venedig alle mögliche Unterstützung gewährt wird. Dem zufolge sehe sich der Commandirende zur Kundmachung genöthigt, daß, wer immer Lebensmittel, Briefe, Geld oder sonstige da-

hin bestimmte Gegenstände fördert, Collecten zu Gunsten Venedigs veranstaltet oder überhaupt Einverständnisse mit dem Feinde unterhält, vor ein Kriegsgericht gestellt und erschossen werden soll. Da ferner in letzteren Tagen Waffen in größerer Menge aus dem Gebiete der venetianischen Provinzen verborgen gefunden wurden, so sollen sowohl diese im Ganzen wie in ihren Bestandtheilen, und auch etwaige Munitionsvorräthe längstens in 48 Stunden nach erfolgter Kundmachung des Befehls ausgeliefert werden, da sonst die Dawiderhandelnden dem Standrechte verfallen. Nur die gesetzlich aufgestellte Sicherheitswache ist dieser Verpflichtung enthoben. Die Einwohner haben sich endlich von jeder feindseligen Demonstration gegen das Militär zu enthalten, da im Uebertretungsfalle die entsprechende Ortschaft, je nach der Schwere des Vergehens, mit einer ansehnlichen Geldbuße belegt werden würde.

Turin, 21. Febr. Endlich ist auch Gioberti abgenutzt: so sinkt einer der italienischen Freiheitskämpfer um den andern vor der launenhaften öffentlichen Meinung in den Staub. In den Sitzungen der Abgeordneten-Kammer am 20. und 21. stellte Bagnani die Anfrage, ob es wahr sei, daß im Ministerrath die Einschreitung in Toscana zu Gunsten des Großherzogs beschlossen worden sei. Am 20. erklärte der Unterrichtsminister Tschio, im Ministerrath sei über diese Frage gar kein Beschluß gefaßt worden. Am 21. erklärte Gioberti, er sei im Ministerrath allein gegen alle andern Minister und den König gestanden; die Gründe des Zwiespalts seien noch Staatsgeheimniß, aber einst, wenn sie ans Tageslicht kommen, werde Einer darüber erröthen müssen. Durch diese Aeußerung erbittert, plagte der Justizminister Ratazzi heraus, die Ursache des Zwiespalts sei der Beschluß Gioberti's, in Toscana einzuschreiten, dem er Folge gegeben habe, ohne seine Collegen zu fragen, welche sämtlich ohne Ausnahme, ebenso wie der König, gegen die Einschreitung gewesen seien. Die Kammer beschloß mit ungeheurer Mehrheit den Uebergang zur Tagesordnung, mit dem Beisatz, das Ministerium (d. h. mit Ausnahme Gioberti's) habe die Ansicht der Nation richtig ausgelegt. Wie man hört, wollte Gioberti auch für den Papst einschreiten. Von seinen Collegen zurückgewiesen, trat Gioberti, der bereits an 10,000 Mann Truppen Marschbefehl ins Toscanische gegeben hatte, ab, wurde übrigens am 21. Abends durch eine Volksdemonstration in Turin gefeiert, bei welcher, sagt der Genueser „Corriere“, viele wohlbekannte „Döppe“ (codini) sich betheiligt haben.

Toscana. Die Republik und die Vereinigung mit Rom ist endlich zu Florenz proclamirt worden. — Am 18. war große Volksversammlung, in welcher dieser Beschluß gefaßt, sowie die Absetzung des Großherzogs ausgesprochen wurde. Der Haupturheber der Sache war Mazzini, welcher eine feurige Rede zu Gunsten der Republik hielt. Der Regierung blieb nichts anders übrig, als die Zustimmung zu diesem Beschlusse zu geben. Sie hat nur, die feierliche Proclamation der Republik bis auf den folgenden Tag verschoben zu dürfen, was das Volk gnädigt gestattete. Indessen war die Stadt am 18. Abends bereits voll Jubel, Freiheitsbäume wurden aufgestellt, eine Illumination veranstaltet etc. — Am 19. Februar ist die Republik auch zu Livorno proclamirt worden. Eine bombastische Proclamation, unterzeichnet Carlo Pielli, kündigt dieses Ereigniß dem Volke an.

Kirchenstaat. Der Papst hat von Gaeta aus unterm 14. Febr. einen neuen Protest gegen das Decret der Constituenten vom 9. erlassen, wodurch das Papstthum seiner weltlichen Macht entsetzt und die Republik proclamirt wird. — Das neue Ministerium der Republik ist folgendermaßen zusammengesetzt: Inneres, Saffi; Krieg, Camperello, Mezzacape und Calandrelli; Finanzen, Guiccioli; öffentlichen Unterricht, Muzzarelli; Justiz, Lazzarini von Forli; öffentliche Arbeiten, Sterbini; Präsidentschaft von Rom und Comarca, Mariani; Polizei, Vascoli. Für die auswärtigen Angelegenheiten ist noch Niemand gefunden.

Der schweizerische Consul in Mailand schreibt unterm 21., daß der Papst die ihm von verschiedenen Mächten angebotene Intervention angenommen habe, und die Desterreicher im Begriff seien, Ferrara zu besetzen. Andere Nachrichten bestätigen dieses und fügen hinzu, daß Ferrara bereits von den Desterreichern besetzt ist. Der General Haynau hat folgende Begehren gestellt: 1) Abtretung der Thore der Stadt; 2) Auslieferung der Mörder der drei am 7. getödteten österreichischen Soldaten; 3) Wegräumung der Barrikaden; 4) Erhaltung der Truppen auf unbestimmte Zeit; 5) Uebergabe des Militärhospitals; 6) Zahlung von 200,000 Scudi; 7) Herstellung des päpstlichen Wappens; 8) acht Geißeln. Diese Forderungen sind gestützt auf die Ermordung von drei österreichischen Soldaten und die Proclamation der Republik.

Nachricht.

Berlin, 26. Febr. Eröffnung der Kammer n. Heute Morgen um 9 Uhr versammelten sich die Abgeordneten der beiden Kammern zu einer kirchlichen Feier, die protestantischen im Dom, die katholischen in der katholischen Kirche. Gegen 11 Uhr sah man bereits einzelne Mitglieder sich im weißen Saale eintreffen; v. Binde, Bodelschwingh, Walbeck, d'Estier, Jacoby begrüßten ihre Freunde und erregten die Aufmerksamkeit des kleinen Publikums, das auf der sehr beschränkten Tribune Platz fand. Um 11 Uhr erschienen die Minister in Uniform; gleichzeitig füllte sich die Diplomatensloge mit den Vertretern der auswärtigen Staaten. Im weißen Saale herrschte derweilen die lebhafteste Unterhaltung unter den Abgeordneten, die sich in mannigfachen Gruppen hin- und herbewegten, unter ihnen die Minister; der Ministerpräsident Graf v. Brandenburg hielt den Text der Thronrede in der Hand. Auf die Nachricht, daß die Ankunft des Königs nahe bevorstehe, traten die Gruppen zurück. Der Zug ward geführt von einer Reihe Kammerherren; nach einer kleinen Lücke trat der König ein, vom lauten Zuruf der Versammlung empfangen. Ihm folgten die Prinzen und die Generale v. Wrangel und v. Hahn

mit einem großen militärischen Gefolge. Der König in der Uniform des Garde-du-Corps-Regiments, stieg die Stufen des Throns hinauf und begrüßte die Versammlung, während die Prinzen sich vor die Sessel zur Rechten, die Minister vor die Stühle zur Linken stellten. Als der König sich auf dem Thronessel niedergelassen, reichte ihm der Ministerpräsident Graf v. Brandenburg die Thronrede. Er verlas sie, das Manuscript in der Linken haltend, bedeckten Hauptes, sehr deutlich. Die Worte, die sich auf die Tüchtigkeit und Disciplin der Armee beziehen, wurden im Vortrage besonders kräftig hervorgehoben und mit einer lebhaften Bewegung der rechten Hand begleitet. Im Tone tiefen Schmerzes dagegen sprach der König von dem Tode des Prinzen Waldemar. Stark betont wurden außerdem in den betreffenden Stellen die Worte: die Verständigung mit Meiner Regierung und die mit allen deutschen Fürsten. Nach der Verlesung der Thronrede trat der Ministerpräsident vor, erklärte die Kammern für eröffnet und bemerkte, daß die von dem königl. Ministerium zu den Sitzungen bestimmten Localitäten trotz aller Anstrengungen leider erst von morgen 10 Uhr ab den Versammlungen zur Verfügung ständen. Dann erhob sich der König, grüßte ringsum und stieg die Stufen des Throns herunter, während die Versammlung mit Begeisterung dreimal: „Es lebe der König!“ rief. Darauf verließ der Zug den Saal in derselben Weise, wie er eingetreten war, worauf sich auch die Abgeordneten zerstreuten. Ein Theil von ihnen begab sich in das Palais des Prinzen von Preußen, um ihm ihre Aufwartung zu machen. Vor dem Schlosse standen große Massen von Menschen, welche einzelne Abgeordnete mit Hurrahruf empfingen. — Ein Abdruck der Thronrede wurde jedem Mitglied durch die Kanzlei eingehändigt.

Eine große Anzahl von Abgeordneten der zweiten Kammer hat sich rüchlich ihrer Stellung zur Verfassung gestern nachstehende Erklärung geeinigt. Die unterzeichneten Mitglieder der zweiten Kammer betrachten folgende Grundsätze als unerlässlich für eine gedeihliche Lösung der ihnen gestellten Aufgabe: 1. Sie erkennen die Verfassung vom 5. December vorigen Jahres als rechtsgültiges Grundgesetz des preussischen Staates an und verpflichten sich zu der vorbehaltenen Revision derselben nur auf dem im § 112 daselbst vorgezeichneten Wege mitwirken und das Ergebnis dieser Revision als verbindlich anerkennen zu wollen. 2) Bei Revision der Verfassung werden sie unabänderlich festhalten an dem Princip der constitutionellen Monarchie unter der erblichen Regierung des Hauses Hohenzollern. Auf diesen Grundlagen fußend, widmen sie sich mit voller Hingebung der Förderung aller wahren Interessen des Volkes. In diesem Sinn werden sie auch die Fragen erörtern, die in Bezug auf die ländlichen und Gewerbeverhältnisse ihre Erledigung erwarten. (D. Ref.)

Frankfurt, 28. Febr. Ein Schreibfehler in der uns mitgetheilten Abschrift der Thronrede Sr. Majestät des Königs von Preußen ist in den Abdruck in der gestrigen Extrabeilage zur „Oberpostamtszeitung“ übergegangen. Wir beeilen uns, denselben zu berichtigen. In der Thronrede heißt es: „Die Vereinigung der deutschen Staaten zu einem Bundesstaate ist fortdauernd der Gegenstand meiner lebhaftesten Wünsche.“ (In der Abschrift stand unrichtig: lebhaften Wünsche.) Die Red. d. D. P. A. = 3.

Börsenberichte.

Frankfurt, 27. Febr. Die heutige Börse hatte ein viel freundlicheres Ansehen; günstigere Berichte über den Stand der Börse zu Wien, so wie der ruhige Vorübergang der Erinnerungsfest des Jahrestages der Februarrevolution zu Paris am 21. d. M. erweckten auch hier die Kauflust, und durch mehrfache heute geschlossene Ankäufe hoben sich sämtliche Fonds so wie Eisenbahnactien über ihren gestrigen Standpunkt und blieben allgemein beliebt. 5pCt. Metall. stellten sich 74 1/2, 1/2 pCt. G., 2 1/2 pCt. do. 39 1/2 pCt., Wiener Bantactien 117 1/2 fl. Geld, 500 fl. Loose 126 pCt., 250 fl. Loose 79 1/2 pCt. Von den übrigen Anlehenstloosen waren Kurpfalz. 40 Rthlr. Loose lebhaft begehrt: 27 1/2 Rthlr., Badische 35 fl. Loose 28 1/2 fl. do. 50 fl. Loose 45 1/2 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 1/2 fl., ditto 50 fl. Loose 69 1/2, Nassauische 25 fl. Loose 20 1/2 fl., Sardinische Loose 29 fr., Poln. 500 fl. Loose 74 1/2 Rthlr. Alle süddeutschen Obligationen gut preishaltend. Belgische 2 1/2 pCt. Obligationen 43 3/8, ditto 4 1/2 pCt. 84 1/2, ditto 5pCt. 90 1/2, Holländische 2 1/2 pCt. Integralen 50 pCt. Von Eisenbahnen zeigte sich für Friedrich-Wilhelms-Nordbahn viel Kauflust, wodurch sich benannte Bahn seit gestern um 1 Rthlr. im Cours verbesserte: 37 3/8 Rthlr. bleibt dafür per Cassa Geld, Verbach 74 1/2 pCt., Köln-Minden 78 1/2 pCt., Taunus 286 fl. 3pCt. inl. inl. Span. bei lebhaftem Umsatz schließen 22 1/2 pCt. G. Sämtliche Devisen aller Wechsel heute bei beschränktem Umsatz ohne Coursveränderung. Abends in der Effectenbörse zeigte sich für 3pCt. inl. Span. auf höher angekommenen Madrider Notierung mehr Kauflust; benannte Fonds schließen 22 1/2 pCt. G.

Berlin, 26. Febr. Staatsschuldcheine 80 bez. u. G., Sec. handlungs-Prämiencheine 98 3/4 G., Bantanteile 88 G. (ohne Div.). Berlin-Hamburg 49 1/2, 50, 56 3/4 bez. Ende 50 1/2 Br, Köln-Minden 78 u. 78 1/2 bez., Friedrich-Wilhelms-Nordb. 36 1/2 bis 7 1/2 bez. u. Br, Rheinische 49 bez., Thüringische 49 1/2 bez., Russische 4pCt. bei Stieglitz 36 3/4 G., Poln. 500 fl. Loose 74 1/2 bez., ditto 300 fl. Loose 100 1/2 bez., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 16 1/2 bez.

Die Course der Fonds sowohl als die der Eisenbahnactien waren heute im Ganzen fest, und einige wurden etwas besser bezahlt; der Umsatz blieb beschränkt.

Amsterdam, 25. Febr. 4 Uhr. 2 1/2 pCt. Integr. 49 1/2 — 4pCt. Schuld 78 1/2. — 5pCt. Ard. à 510 Pf. St. 11 1/2. — 3pCt. inl. à 6000 fl. 22 1/2, 1/2, 3/8. — Coupons 8 1/2, 11 1/2, 3/8. 3pCt. Port. 25 3/8, 15 1/2, 7/8. — 4pCt. do. 26 3/8, 7/8. — 5pCt. Metall. 71 3/8, 1/2. — 2 1/2 pCt. do. 37 1/2.

In franz. 3pCt. Port, Ard. und Coupon war das Geschäft heute belebt, und die Course höher. Dester. mehr angeboten. Nach Venezuela und Grenada war zu verbesserten Preisen mehr Nachfrage.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. S. Malten.

Leipziger Autographen-Auction.

Am 5. März d. J. wird durch den Unterzeichneten eine werthvolle Sammlung von Autographen zur öffentlichen Versteigerung gebracht. Verzeichnisse derselben sind durch jede Buch- und Kunsthandlung gratis zu beziehen.
Leipzig im Jan. 1849.

[490] **F. O. Weigel, Buchhändler.**

[529] Die neuesten Nummern (6 und 7) der Zeitschrift:

Die Wiener Voten

enthalten:

- 1) Oesterreichs Finanzoperationen im Jahr 1848 und der Voranschlag für 1849.
- 2) Die österreichischen Finanzquellen für 1849.
- 3) Politische Erläuterungen.
- 4) Ein Tag in der Paulskirche.
- 5) Ueber Schwurgerichte.
- 6) Irlands politische Zustände.
- 7) Die österreichischen Reichstagsdeputirten.
- 8) Portraits: Erzherzog Johann.

Die Wiener Voten erscheinen in Wochenlieferungen. Jede solide Buchhandlung liefert das Quartal für 2 Thlr.
Leipzig, Ende Februar 1849.

Otto Wigand.

Bestellungen nimmt die Buchhandlung von **Carl Bernh. Lizius**, Buchgasse 12 neu, entgegen.

[432] Im Verlage der Unterzeichneten ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Frankfurt am Main bei J. D. Sauerländer, große Sandgasse 8, Gebhard und Körber, Wilhelms Nachfolger, S. Zimmer, in der Andreästrasse, Hermanns und Jäger'schen Buchhandlung:

Deutsches politisches Tagebuch

für
1849.

Ein Hülf- und Notizbuch für Abgeordnete, Gemeindevertreter, Wahl- und Bürgerwehrmänner, sowie für jeden deutschen Staatsbürger.

Taschenbuchformat, 24 Bogen. Velin-schreibpapier, in Leder gebunden 1 Thlr. oder 1 fl. 48 kr. rhein.

Inhalt: 1) Tagebuch, d. h. ein Verzeichniß aller Tage des Jahres 1849 mit Angabe historischer Facta, die in früheren Jahren an den einzelnen Tagen stattgefunden, so wie mit weisem Rathe das für jeden deutschen Reichsbürger bei Ausübung seiner politischen Rechte nötige Material, so u. a. ein vollständiges Verzeichniß der Reichsversammlung mit Angabe des Wahlkreises, Wohnorts, der Wohnung in Frankfurt und der Parteistellung jedes Abgeordneten, — die vollständige Reichsgesetzgebung des Jahres 1848, darunter also: „die Grundrechte“, „die allgemeine deutsche Verfassung“, u. s. w. 2) Notizbuch: weiße Blätter mit Stimmtabellen. Wir erlauben uns, das Publikum, namentlich die Herren Abgeordneten zur Reichsversammlung auf das für den reichlichen Inhalt gewiß sehr billige und handliche Büchlein aufmerksam zu machen. Ausführliche Prospekte sind in allen Buchhandlungen zu erhalten.
Berlin, den 8. Februar 1849.

Duncker und Humblot.

[515] Bei Zeit und Comp. in Berlin ist so eben erschienen und zu haben in der Joh. Christ. Hermann'schen Buchhandlung:

Denktafel

der

Ereignisse im Jahre 1848 in chronologischer Folge.

Preis 2 1/2 Sgr. oder 9 kr.

Preis-Ermäßigung.

Nachgezeichnete Werke, von welchen ich sämtliche Vorräthe mit Verlagsrecht angekauft, sind von jetzt an um die beibehaltenen Retzpreise von mir (durch alle Buchhandlungen) zu beziehen:

- Horazens** Briefe, aus dem Latein. übers. und mit histor. Einleitungen und andern Erläuterungen versehen von C. M. Wieland. Der neuen verb. mit dem Originale begl. Ausgabe 4. Aufl. 2 Bde. Leipz. 1837. gr. 8. (Ladendr. Thlr. 12 1/2.) . . . fl. 1. 45 fr.
— **Sattren.** Aus dem Latein. übers. mit dem Originale begl. u. mit Einleit. u. erläut. Anmerk. versehen von Wieland. Neue verb. Aufl. 2 Bde. Ebd. 1819. gr. 8. (Thlr. 12 1/2.) . . . fl. 1. 45 fr.
— **Schreibpapier** (Thlr. 2.) . . . fl. 2. 20 fr.
— **Opuscula Graecorum veterum sententiosa et moralia.** Graece et latine. Collegit, disposuit, emend. et illustr. Jo. Conr. Orellius. 2 voll. Ib. 1819–21. gr. 8. (Thlr. 7 1/2.) . . . fl. 3. 30 fr.
— **Schreibpapier** . . . fl. 3. 15 fr.
— **Belinapapier** . . . fl. 7.
— **Prisciani,** Caesariensis Grammatici, Opera. Ad vetustiss. codicum, nunc primum collatorum, fidem recensuit, emaculavit, lect. variet. notavit et indic. adiec. A. Krehl. 2 voll. Ib. 1819. 20. gr. 8. (Thlr. 5 1/2.) . . . fl. 3. 30 fr.
— **Schreibpapier** . . . fl. 5. 15 fr.
— **Schleusner,** Joh. Fridr., Novum lexicon graeco-latinit in Novum Testamentum. Congessit et variis observationibus philol. illustravit. 2 Tomi in 4 Part. Ed. IV. emend. et auctior. Ib. 1819. (Thlr. 9.) . . . fl. 3. 30 fr.
— **Belinapapier** (Thlr. 12.) . . . fl. 7.
— **Novus Thesaurus philologico-criticus sive lexicon in LXX et reliquos interpretes graecos ac scriptores apocryphos Veteris Testamenti.** Post Bielium et alios viros doctos congregavit et edidit. 5 voll. cum effigie auctoris. Ib. 1820. 21. gr. 8. (Thlr. 11 1/2.) . . . fl. 10. 30 fr.
— **Schreibpapier** . . . fl. 14.
— **Belinapapier** . . . fl. 14.
— **Spohn,** De lingua et literis veterum Aegyptiorum. Edidit et cum imag. et 12 tab. lithogr. Ib. 1825–31. gr. 40. (Thlr. 9.) . . . fl. 4. 40 fr.
— **Belinapapier** (Thlr. 10 1/2.) . . . fl. 6.
— **Theocritii** Reliquiae. Graece et latine. Textum recognovit et cum animadversionibus Theoph. Chr. Harlesii, Jo. Chr. Dan. Schreberi, aliorum excerptis suisque edidit Theoph. Kiessling. Acced. argumenta graeca, scholia, epistola Jac. Morellii et indices. Ib. 1819. gr. 8. (Thlr. 2 1/2.) . . . fl. 1. 45 fr.
— **Schreibpapier** (Thlr. 4 1/2.) . . . fl. 2. 20 fr.
— **Theophrasti** characteres. Ad optimor. libror. fidem recensuit, de notationum ingenio atque auctore exposuit, perpetua annotatione illustravit atque indicem verborum adiunxit Dr. Frid. Astius Ib. 1816. gr. 8. (Thlr. 1 1/2.) . . . fl. 1.
— **Schreibpapier** (Thlr. 1 1/2.) . . . fl. 1. 24 fr.
— **Belinapapier** (Thlr. 2.) . . . fl. 1. 45 fr.

Joseph Baer, Zeil 5, der Schäfergasse gegenüber.

Reisegelegenheit

von Hamburg nach Rio de Janeiro.

Das schöne schnellsegelnde kupferbodene Hamburger Schiff **Merc**, Capt. Valentin, fährt ab den

15. März. Passagierpreise: Erste Cabüte Thlr. 150 Pr. Crt.

Nähere Auskunft ertheilen: Zwischendeck 50 „ „

in Hamburg **Aug. Bolten**, Wm. Miller's Nachfolger,

in Frankfurt am Main **J. H. Stillebauer**, Buchgasse Nr. 5.

Druck von August Herrich.

[497] 113. Frankfurter Stadt-Lotterie.

Hauptziehung 5r und 6r Klasse

am 7. und 31. März a. c.

Ganze und getheilte Loose zu den bekannten Preisen zu beziehen bei **Gebrüder Stiebel, Hauptcollecteurs zu Frankfurt a. M.**

[537]

Concert

zum Besten des hiesigen Versorgungshauses.

Dasselbe findet, wie bereits angekündigt, nächsten Freitag den 2. März im Saale des Weinbisch'schen Platz und beginnt um 7 Uhr Abends.

Der Eingang zum Concertsaal ist nur von der Köpfergasse, der zu den Gallerien nur vom Steinweg aus.

Eintrittskarten à 1 fl. 45 fr. sind bis zum Freitag Abend bei den Mitgliedern des Pflegeamts des Versorgungshauses, den Herren

Friedr. Pfeffel, Senior, neue Mainzerstraße 47.

F. A. Lindt, Mainzerstraße 73.

C. G. Wappes, Baugraben 4.

J. C. Weiser, Zeil 9.

W. F. Weische, Hochstraße 8.

so wie auch in der Musikalienhandlung des Herrn C. A. André, Zeil im Hause Mozart, nebst dem Programme zu haben.

NB. Im Concertsaale selbst können keine Eintrittskarten gelöst werden.

Gräfl. Castell-Dischingen Anlehen von fl. 234,000 modo fl. 182,000 betreffend.

Das Gräfliche Rentamt sandte unterm 5. Dec. v. J. den Betrag der pr. 1. Januar a. c. zur Fälligkeit kommenden Halbjahrs-Zinsen vorgenannten Capitals mit fl. 3640 an den Unterzeichneten richtig ein, machte jedoch auf den Grund zweier von dem künftl. Gerichtshof zu Ulm eingegangener Decrete den ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Privat-Creditorschaft sich die Zurückforderung des bezahlten Zinses eventuell vorbehalte, worüber man eine Bescheinigung abgeben sollte. Da nun diesseits auf ein solches Ansinnen nicht eingegangen werden konnte und die Auszahlung der Zinsen dadurch verhindert wird, so hat Unterzeichneter nicht nur protestando dagegen remonstrirt, sondern auch sogleich einen Rechts-Consulenten in Ulm zur Wahrung der Interessen der Hypotheken-Creditorschaft beauftragt. Die von Ulm und Dischingen in dieser Angelegenheit erhaltenen Schreiben und Decrete sind inzwischen auf Veranlassung mehrerer Theilhaber dem Herr Dr. jur. Jeanrenaud dahier zur ferneren Beforgung des Erforderlichen zugestellt worden und liegen daselbst zur Einsicht der Interessenten bereit.

Frankfurt a. M., den 20. Februar 1849.

[478]

Phil. Nicol. Schmidt.

[471]

Spargelpflanzen.

2- und 3-jährige 1 fl. und 1 fl. 12 fr. pr. 100 Stück in bekannter Güte, hoch- und niederstämmige Rosen mit schönen Kronen pr. 100 Stück 40 fl., bezüglichen auch wurzelachte Monat- und Landrosen in vielen Sorten à 6–18 fr., 3-jährige Weinfesseln der besten Tafeltrauben à 6–8 fr., die beliebtesten neuen Maastliebchen (Bellis perennis pl.) in 20–24 Varietäten pr. 100 Stück 36 fr., 1000 Stück 5 fl., Wiederverkäufer erhalten bedeutenden Rabatt. Reelle und billige Bedienung meine Hauptforge. Briefe und Gelder erbitte franco, gleichwie auf Franco-Briefe meine Verzeichnisse gratis zugesendet werden.

Heinrich Noack,

Handelsgärtner in Befungen vor Darmstadt.

Hôtel zum „Römischen Kaiser“ in Wien.

Freiung Nr. 138.

Bei der Uebernahme dieses Hotels ist kein Kostenaufwand gescheut, dasselbe auf das Prachtvollste und Bequemste einzurichten, und somit dem oft ausgesprochenen Mangel unserer Kaiserstadt an einem wahrhaft großartigen, mit den Ansprüchen unserer Zeit im Einklang stehenden Hotel zu begegnen. Der Unterzeichnete, Inhaber des „Römischen Kaiser“, erlaubt sich daher, denselben den PT. Reisenden bestens zu empfehlen.

[201]

Alons Kaszmayr.

[276]

Aufforderung.

Gräfl. Anton Waldstein-Wartembergische Anleihe von 20fl. 1,700,000 betreffend.

Nachdem die Berichtigung der Zinsen und der zur Rückzahlung bestimmten Obligationen aus dem im Jahr 1840 durch das Haus Steiner u. Comp. in Wien negociirten Gräfl. A. Waldstein-Wartembergischen 4pCt. Anlehen von ursprünglich 20fl. 1,700,000 schon seit mehreren Terminen im Rückstande geblieben ist, so hat eine namhafte Zahl von Inhabern dieser Partialobligationen den Unterzeichneten veranlaßt und bevollmächtigt, ihr Interesse, dem Schuldner gegenüber, zu vertreten, sich erforderlichen Falls an Ort und Stelle zu begeben und sowohl gerichtlich als außergerichtlich diejenigen Maßnahmen zu treffen, welche am geeignetsten sein möchten, die Erfüllung der obligationmäßigen Verpflichtungen herbeizuführen.

Diesem Inhaber von Gräfl. Waldstein-Wartembergischen Partialobligationen, welche sich der vorerwähnten gemeinschaftlichen Vertretung ihrer Interessen noch anzuschließen wünschen, werden daher hierdurch aufgefordert, dem Unterzeichneten solches, unter Angabe ihrer Obligationen nach Nummern und Beträgen, kund zu geben, worauf ihnen eine entsprechende Vollmacht zur Vollziehung zugesandt werden wird.

Frankfurt a. M., den 30. Januar 1849.

Dr. von Guatta.

[498]

Bekanntmachung.

Hochstraße Nr. 6 sind vom 1. Juni d. J. an nachbezeichnete Wohnungen zu vermieten:

1) Im ersten Stock besteht die Wohnung aus 1 Salon, 7 Zimmern, Küche mit Wasserleitung, Speisekammer, 2 heizbaren Mansardstuden, 1 Kammer, 3 Kellerräumlichkeiten, Waschküche, Mitbenutzung des Gartens. Der Nebenbau, der mit dem Hauptbaue mittelst Gallerie in Verbindung steht, enthält 4 Zimmer und mehrere Kammern. Stallung und Remise kann zu dieser Wohnung abgegeben werden.

2) Im zweiten Stock besteht die Wohnung aus 1 Salon, 7 Zimmern, Küche mit Wasserleitung, Speisekammer, 2 heizbaren Mansardstuden, 1 Kammer, 2 Kellerräumlichkeiten, Waschküche, Mitbenutzung des Gartens. Aus beiden Wohnungen hat man die schönste Aussicht nach dem Gebirge.

Näheres zu erfahren bei dem Eigentümer, Hochstraße Nr. 6 im zweiten Stock.

Ich mache wiederholt darauf aufmerksam, daß die Herren Kaufleute:

Friedr. Thoma, Döngesgasse Nr. 1,

J. H. Stillebauer, Buchgasse Nr. 5, und

Otto Poppe, Bornstraße 6 neu,

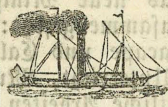
Bestellungen auf schließliche Leinen und Leinen-Waaren anzunehmen bereit sind, Vorräthe, Proben und Preislisten besitzen.

Frankfurt a. M., den 26. Februar 1849.

Der Vorsteher des Sylvaner- und Weber-Unterstützungsvereins f. d. Glaser Gebirge und Reichstagsabgeordnete.

[527]

Dertel.



Rheinische Dampfschiffahrt.

Kölnische Gesellschaft.

Tägliche Fahrten vom 19. Januar 1849:

Von Mainz Morgens 6 Uhr nach **Köln (Düsseldorf, Elberfeld-Hamm).**

„ **Mainz** „ 8 „ „ **Köln (Aachen).**

„ **Mainz** „ 10 „ „ **Köln (Minden-Berlin etc.),** im Anschluss an den Eisenbahnzug Morgens 8 Uhr von Frankfurt.

„ **Mainz** Nachmitt. 2 1/2 „ „ **Mannheim.**

„ **Bliesheim** rheinabwärts 1 Stunde später wie in Mainz.

„ **Mannheim** Morgens 6 Uhr nach **Köln.**

„ **Coblenz** rheinabwärts Morgens 6, 8 und 12 Uhr, rheinabwärts Morgens 10 1/2 und Nachmittags 12 1/2 und 2 1/2 Uhr.

„ **Köln** Morgens 5 1/2 Uhr nach **Mainz**, Morgens 9 1/2 und Abends 10 nach **Coblenz-Mannheim**, Morgens 5 1/2 nach **Arnheim.**

„ **Arnheim** Morgens 6 Uhr nach **Köln, Coblenz, Mainz, Mannheim.**

Nähere Auskunft und Billete in Frankfurt a. M. bei dem Agenten

Herrn **F. Böhm**, Rossmarkt, auf dem Filial-Bureau bei Herrn

G. B. Peil auf der Zeil, im Taunus-Bahnhofs, und für die

Postreisenden im Postbureau.



Für Auswanderer nach Amerika.

Vom kommenden März an expediren wir monatlich mehrere große gepuperte

Orcinaster-Packetschiffe

nach **New-York und New-Orleans.**

Diese unter sp. cieller Aufsicht der englischen Regierung stehende Linie ist besonders solchen Auswanderern nach Amerika zu empfehlen, die diese Reise mit wenigen Kosten auf angenehme Weise unternehmen wollen. Diefem Zwecke zu entsprechen, haben wir die Ueberfahrtspreise bedeutend erniedrigt, auch die Einrichtung getroffen, daß die Reisenden bei ihrer Ankunft in London von unsern deutschen Angehörigen in Empfang genommen, über alles zu Wünschende belehrt, und namentlich vor jeder Uebervorteilung geschützt werden.

Die Unterzeichneten, so wie

Herr **Moritz J. Stiebel**, Haafengasse Nr. 9 in Frankfurt a. M.,

ertheilen auf portofreie Anfragen jede zu wünschende Auskunft.

[518] **S. Stiebel & Comp.** in London, 32 Nicholas Lane.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustteig von **Georg** in China, wofür derselbe bei der Indusrienausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen Reizfällen, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn **Conditor Schott**, große Sandgasse, zu haben.

[457] Ein junger Mann aus achtbarer Familie, Holländer von Geburt, der die Handlung in einem Hause des Oberheins erlernte, in der holländischen, deutschen, französischen und englischen Sprache bewandert ist und die besten Zeugnisse aufzuweisen hat, sucht eine Stelle als hohes Salair. Briefe unter Adresse J. G. besorgt die Expedition d. Bl.

(Nebst Konversationsblatt und Beilage.)